

## **Sektion 6: Wirtschaft und nachhaltige Entwicklung: Was bewirken Emotionen?**

Ein Verständnis von Wirtschaft als zweckrationales Handeln zur Gewinnmaximierung und Bedürfnisbefriedigung blendet ebenso widerständige Verteilungskämpfe und Herrschaftsverhältnisse aus wie ein Politikverständnis, das sich auf deliberative Willensbildung zur Herstellung allgemeinverbindlicher Entscheidungen und Lösungen gesellschaftlicher Probleme reduziert. Globale Ressourcen sind nicht knapp, in einer solidarischen Ökonomie könnten sie durchaus suffizient für ein „gutes Leben für alle“ sein (I.L.A. Kollektiv 2019). Ressourcen werden – ebenso wie Arbeitskräfte – ausgebeutet und knapp gehalten, sie sind ungleich verteilt. Die „imperiale Lebens- und Produktionsweise“ (Brand/Wissen) im globalen Norden beruht ebenso auf gewaltförmigen Verhältnissen von ungleichen Zugängen zu Ressourcen, einer Übernutzung von Senken sowie der Bedrohung der Lebensgrundlagen im globalen Süden und zukünftiger Generationen, wie sie durch die „Ökonomisierung der Gefühle im Arbeitsleben“ (Penz/Sauer 2016) und im Konsumverhalten abgesichert wird. Emotionale Verhaltenssteuerung konsolidiert ökonomische Herrschaftsverhältnisse durch ein Dauer-„Nudging“ zur imperialen Lebensweise, die sich nachhaltig in die „mentale Infrastruktur“ (Welzer) des Alltagsverständes einschreibt und in einer wachstumsorientierten Wettbewerbsökonomie als „rationales Handeln“ begründet wird.

Soziale Kämpfe um Teilhabe an gesellschaftlichen Ressourcen, um öffentliche Güter und die Umsetzung der Gemeinwohlverantwortung von Eigentümer\*innen, um Mitgestaltung von (solidarischen) Wirtschaftsformen werden – wie jede historische Errungenschaft von Demokratie, Sozial- und Rechtsstaatlichkeit – durch subalterne Klassen ausgetragen, deren Leben und Rechte bedroht sind oder die überhaupt erst eine Stimme erheben und einfordern. Schüler\*innen organisieren Streiks und Proteste für einen effizienten Klimaschutz, weil sie *Angst* vor einer Bedrohung ihrer Lebenschancen haben, weil bei wirtschaftspolitischen Entscheidungen ein ernsthafter Pfadwechsel hin zu einer solidarischen Postwachstumsökonomie – trotz zahlreicher Absichtserklärungen von Sustainable Development Goals und einem neuen „Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“ (WBGU 2011) – nicht erkennbar ist. Politisches Handeln beginnt mit Aufbegehren und *Mut*, sich aus Verhältnissen von Unmündigkeit zu befreien, die eigene Stimme hörbar (Rancière) und körperliche Präsenz im öffentlichen Raum kollektiv sichtbar zu machen (Butler).

Adressierungen von jungen Menschen in (staatlichen) Bildungsinstitutionen werden hingegen einem emanzipatorischen und herrschaftskritischen Verständnis von „Bildung zur nachhaltigen Entwicklung“ selten gerecht. Vielmehr lassen die Analysen bildungspolitischer Programme, Curricula und Lehrmaterialien den Schluss zu, dass Schüler\*innen gerade im „Lernbereich globale Entwicklung“ vielfach auf ihre Rolle als Konsument\*innen reduziert werden, ergänzt durch Aufforderungen zum „zivilgesellschaftlichen“ Engagement in sozialen Freiwilligendiensten. „Handlungsfähigkeit“ wird z.B. im KMK-Orientierungsrahmen (2013) „vor allem im persönlichen und beruflichen Bereich“ verortet (S. 95). Schüler\*innen sollen „Innovationsbereitschaft“ lernen, „Unsicherheit offener Situationen ertragen“ und zur „Überwindung [...] interessenbestimmter Barrieren in Kommunikation“ beitragen (ebd.). Emotionale (Selbst)Steuerung wird zur sozialen Kompetenz der Konfliktvermeidung. Die Adressierung des „unternehmerischen Selbst“ (Bröckling) spiegelt sich in einer derart operationalisierten „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ zugleich als Verantwortungsverschiebung von den „Leistungs- und Entscheidungsträgern“ in Politik und Wirtschaft auf die Konsument\*innen (Eis/Moulin-Doos 2015). Schüler\*innen als Verbrauchersubjekte (ohne bürgerliches Stimmrecht) sollen „erzogen“ werden, eine nachhaltige Produktionsweise durch ihr Konsumverhalten „nachzufragen“.

Verhaltensökonomische Ansätze, die darauf zielen, politische Handlungsräume in einer „Verbraucherdemokratie“ (Lamla 2013) zurückzugewinnen, reduzieren die Rolle von Emotionen auf eine erzieherische, instrumentelle Dimension der gouvernementalen Verhaltensregulierung. Hingegen soll hier für einen herrschaftskritischen Bildungsansatz der Politischen Ökonomie argumentiert werden, der soziale Kämpfe thematisiert, die grundsätzlich nicht von Emotionen trennbar sind, die gerade auch in widerständigen Bewegungen reflexiv zugänglich und handlungsleitend werden können: in Kämpfe für eine solidarische Lebens- und (Re)Produktionsweise, gegen globale Ausbeutungsstrukturen und für eine Sichtbarkeit und Hörbarkeit der Stimmen subalternen Klassen. Menschen, deren Stimmen nicht hörbar, nicht sichtbar und für die Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse nicht gezählt werden, sind von einer „rationalen“, „verständigungsorientierten“ Willensbildung ausgeschlossen. Ihnen bleibt der kollektive Schrei, das Aufbegehren und die körperliche Präsenz im öffentlichen Raum (Eis/Metje 2019).

### **Literatur:**

Eis, Andreas/Metje, Frederik (2019): Zur Rolle von Wut und Empörung im Politischen, in: Besand, Anja/Overwien, Bernd/Zorn, Peter (Hrsg.): Politik mit Gefühl. Vom Umgang mit Gefühlen und anderen Kleinigkeiten im Feld von Politik und politischer Bildung, Bonn 2019 (i.E.)

Eis, Andreas/Moulin-Doos, Claire (2016): Prekäre Verantwortung zwischen Entpolitisierung und politischer (Selbst)Steuerung. Verantwortungskonflikte in der Politischen Bildung, in: Henkel, Anna/Åkerstrøm-Andersen, Niels (Hrsg.): Precarious Responsibility: Attribution of Responsibility under Conditions of Trust in Systems. Soziale Systeme. Zeitschrift für Soziologische Theorie Jg. 19/Heft 2., Berlin/Boston: De Gruyter 2016, S. 405-429

I.L.A. Kollektiv (2019): Das Gute Leben für Alle! Wege in die solidarische Lebensweise, München

Lamla, Jörn (2013): Verbraucherdemokratie - Politische Soziologie der Konsumgesellschaft, Berlin

Penz, Otto/Sauer, Birgit (2016): Affektives Kapital: Die Ökonomisierung der Gefühle im Arbeitsleben, Frankfurt/M.